



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Gülseren Demirel, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Toman, Gabriele Triebel** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bericht zu Corona-Hilfen für Schulen in freier Trägerschaft

Der Landtag wolle beschließen:

Die Coronakrise hat unsere Schulen vor große Herausforderungen gestellt, um das Recht auf Bildung weiterhin zu gewährleisten und gleichzeitig den Gesundheitsschutz aller beteiligten Personen so gut wie möglich sicherzustellen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, in diesem Zusammenhang zu berichten, welche Corona-Hilfen an die allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sowie Akademien in freier (kirchlicher und privater) Trägerschaft geflossen sind und wie diese bis heute genau verteilt werden.

Insbesondere soll der Bericht deutlich machen, welche Mittel oder sonstigen Unterstützungsmaßnahmen bereitgestellt wurden, um

1. Zusatzkosten der Schulen in freier Trägerschaft für die Vertretung von schwangeren Lehrkräften wie auch von Lehrkräften aus Risikogruppen zu begleichen,
2. einen adäquaten Ausgleich für die an staatlichen Schulen extra eingeführten Team-Lehrkräfte zu schaffen,
3. beim Ausbau der aufgrund der Coronakrise dringend erforderlichen Digitalisierung zu helfen,
4. die erhöhten Ausgaben der Schulen in freier Trägerschaft für Systembetreuung aufzufangen oder zumindest abzumildern,
5. Reihentestungen oder andere sinnvolle Teststrategien durchzuführen,
6. alle Lehrkräfte, die Schulverwaltung, die Schulleitung, alle Angestellten und notfalls auch Schülerinnen und Schüler mit geeigneten Masken zu versorgen,
7. die Schulen in freier Trägerschaft bei der Anschaffung von CO₂-Messgeräten und Lüftungsanlagen zu unterstützen.

Begründung:

Um auf die Herausforderungen der Pandemie reagieren zu können, brauchen Schulen schnelle Hilfe. Für die staatlichen Schulen wurden deshalb 800 Stellen für sogenannte Team-Lehrkräfte geschaffen sowie 600 Stellen für externe Systembetreuerinnen und -betreuer bei den kommunalen Sachaufwandsträgerinnen und -trägern. Es wurden weitere 20 Mio. für Schulassistentinnen und -assistenten und Aushilfen bereitgestellt und außerdem Leistungsprämien für Schulleitungen und Lehrkräfte mit besonderen Verdiensten ausbezahlt.

Aber auch allgemeinbildende und berufliche Schulen sowie Akademien in freier (privater oder kirchlicher) Trägerschaft müssen pädagogisch adäquat und schnell auf die

Pandemie reagieren. Immerhin werden ca. 15 Prozent der Schülerschaft an diesen Schulen in öffentlicher Verantwortung unterrichtet. Ihre entsprechende staatliche Unterstützung ist durch das Grundgesetz vorgegeben. Der von uns geforderte Bericht soll deshalb für Klarheit hinsichtlich des Ausgleichs der pandemiebedingten Kosten von Schulen in freier Trägerschaft sorgen.